

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1879**

9.2.1879 (No. 34)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 9. Februar.

№ 34.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühren eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1879.

## Telegramme.

† Berlin, 7. Febr. Der Ausschuss der Rumänischen Eisenbahn-Gesellschaft genehmigte die Ausgabe von 6proz. Obligationen nach Bedarf bis zur Höhe von 5 Millionen.

† Wien, 7. Febr. Meldung der „Polit. Korresp.“ aus Konstantinopel vom 6.: Der seitiger türkische Gesandte in Bukarest, Suleiman Bey, ist als Gesandter nach Belgrad versetzt und Ali Fuad Bey zum Gesandten in Bukarest ernannt.

† Weßh, 7. Febr. Das Unterhaus hat den neuen Gesetzentwurf betr. das Rentenlehen in namentlicher Abstimmung mit einer Majorität von 14 Stimmen angenommen.

† Rom, 7. Febr. (Deputiertenkammer.) Auf eine Anfrage Nicotera's erwiderte Ministerpräsident Depretis: alle Maßregeln gegen die Pest seien getroffen, die Nachricht vom dem Ausbruch derselben in Salonichi sei unbegründet. — Anlässlich des Sterbetages des Papstes Pius IX. wurde in der Sixtinischen Kapelle ein feierlicher Trauer-Gottesdienst abgehalten, welchem der Papst, die Kardinäle, sämtliche kirchliche Würdenträger, die Vorkämpfer und viele andere hochgestellte Personen beiwohnten.

† Washington, 6. Febr. Schatzsekretär Sherman hat weitere 20 Millionen 520r Bonds zur Einlösung einbezahlt; die Verzinsung derselben hört mit dem 6. Mai auf.

## Politische Wochenübersicht.

Für Deutschland von Interesse ist der am 11. Oktober 1878 zwischen dem deutschen Botschafter und dem Grafen Andrassy vereinbarte, nun auch veröffentlichte Vertrag, welcher den Artikel V des Prager Friedens mit seiner bekannten Abtretungsklausel aufhebt und damit eine längst wesenlos gewordene, aber übrigens unbenutzte Bestimmung auch formell beseitigt. Die Uebereinkunft ist zugleich ein Beweis des Wohlwollens des Kaisers von Oesterreich, die zwischen beiden Mächten bestehenden freundschaftlichen Bande noch enger zu schließen. — Das preussische Abgeordnetenhaus setzt seine Arbeiten eifrig fort und hat u. A. den Gesetzentwurf über die Wassergenossenschaften angenommen. In dem vom Abg. Rickert erstatteten Generalbericht seiner Budgetkommission werden in einer Resolution empfohlen: Erparnisse in den Ausgaben, Abstand von kostspieligen Neubauten und vom Ankauf von Vollbahnen, Notifizierung der Klassen- und Einkommensteuer und Garantie für deren eventuelle Herabminderung. Die von dem Justizauschuss des Bundesraths an dem Gesetzentwurf über die Strafgewalt des Reichstags angebrachten Aenderungen betreffen die Befreiung der Berufung an den Strafrichter und der Ausschließung von der Wählbarkeit und mehrfach auch die Strafen. In der Angelegenheit des „Großen Kurfürst“ wurde am 1. d. der Spruch des Kriegesgerichts gefällt, welcher aber bis zur völligen Erledigung, resp. schließlichen Entscheidung des Kaisers geheim bleibt. Am 5. d. ist der Fürst Reichskanzler nach Berlin zurückgekehrt. Die württembergische Kammer ging über den gegen das „Ungehörigkeit“ gerichteten Antrag zur motivierten Tagesordnung über. In derselben Sache wurde in der badischen Zweiten Kammer eine Interpellation eingebracht. Die genannte Kammer genehmigte die Staatsverträge über die Grenzregulirung bei Konstanz und über den Erwerb der Bahnstrecke Bruchsal-Wetten und nahm das Richterbefolungs-Gesetz an. — Zur goldenen Jubelhochzeit des Deutschen Kaiserpaars bereiten auch die Gemeindefolgenen Münchens eine Huldbildung vor.

Im Herrenhause des österreichischen Reichsraths wurde der Berliner Vertrag einstimmig ohne Debatte angenommen. Im ungarischen Abgeordnetenhaus ist der Anleihe-Gesetzesentwurf in Beratung. Graf Taaffe, Statthalter von Tirol, wurde vom Kaiser zur Neubildung des cisleithanischen Kabinetts berufen und hat die Aufgabe übernommen. Zwischen den Telegraphenverwaltungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns tritt vom 1. April an der Worttarif in Geltung. In der italienischen Deputiertenkammer endigte die anlässlich der Budgetberatung entstandene lange Debatte über die auswärtige Politik, namentlich die Stellung Italiens zu den übrigen Mächten, die aber nichts Neues zu Tage förderte, mit der Zurückziehung aller Tagesordnungen und Interpellationen. Der König gedenkt seine durch das Aitentat unterbrochene Rundreise in seinem Staate wieder aufzunehmen.

Der Gang der Dinge in Frankreich hat bis jetzt den Erwartungen entsprochen, welche man an die Wahl Grévy's zum Präsidenten der Republik knüpfen zu dürfen glaubte. Nachdem Dufaure's Rücktritt unabwendbar geworden, wurde Waddington, der Mann des allseitigen Vertrauens in Europa, mit der Bildung eines neuen Kabinetts betraut, das auch, wie es scheint, ohne besondere Schwierigkeiten zu Stande kam und mit seinen theils bisherigen, theils neuen Mitgliedern besteht aus: Waddington, Präsidium und Aeußeres; Marcère, Inneres und interimistisch Kultus; Leroyer, Justiz; Léon Say, Finanzen; Ferry, Unterricht und schöne Künste; Gresley, Krieg; Admiral Jauréguiberry, Marine; Freycinet, öffentliche Arbeiten; Lepère, Handel (nebenbei bemerkt befinden sich fünf Protestanten im Ministerium). Neu errichtet

wurde ein Post- und Telegraphenministerium unter Cochery. Léon Say soll zur Bedingung seines Verbleibens die Annahme des allgemeinen Posttarifs als Maximums und Festhalten an dem System der Handelsverträge sowie an dem bisherigen Vertragsregime gemacht haben. In der am 6. d. wieder zusammengetretenen Kammer wurde nach einer kurzen Ansprache ihres neuen Vorsitzenden Gambetta die Botschaft des Präsidenten verlesen und sowohl hier wie im Senat von der Majorität (die Rechte bewahrt Stillschweigen) mit großem Beifall aufgenommen. Diese erste allgemein gehaltene Kundgebung des gegenwärtigen französischen Staatsoberhauptes wird durch ihre gemäßigte und friedliche Haltung auch im Auslande nur den besten Eindruck machen können, wie man denn auch zu der Annahme berechtigt ist, daß die besonnene Ruhe, mit welcher sich der Regierungswechsel bei unseren Nachbarn vollzogen hat, von allen Mächten mit Befriedigung anerkannt wurde. Die Frage der Amnestie — der bedenklichste Punkt für die ruhige Entwicklung — ist an die Bureau der Kammer verwiesen. Hier liegt eine gefährliche Klippe.

Am 5. d. hatten die Könige von Spanien und Portugal eine kurze Zusammenkunft in Elvas angeblich ohne politischen Zweck, nur als Kundgebung herzlicher Freundschaft zwischen den beiden Nationen.

Der dänische Reichstag ist am 31. Januar wieder zusammengetreten. Am 3. d. wurde das norwegische Storting vom König eröffnet.

Vom afghanischen Kriegsschauplatz verlautet, daß Jakob Khan seine Streitkräfte um Kabul zusammenzieht, wo übrigen der Bürgerkrieg ausgebrochen sein soll, was jedoch noch nicht bestätigt ist. Das Gerücht vom Tode Schir Ali's erhält sich, ohne bisher Bestätigung gefunden zu haben. In Sidabrita hat am 12. Januar der Krieg gegen die Julus begonnen; es wird nur schwacher Widerstand erwartet. Die Direktoren der falliten Glasgow-Bank wurden zu mehr oder minder langem Gefängniß (8–18 Monate) verurtheilt.

Die türkisch-montenegrinische Frage scheint endlich ihre Erledigung zu finden: am 6. d. sollten Spuz und Jabljar, am 8. Podgoriza an die Montenegriner übergeben werden, womit auch eine Bedingung für den Abschluß des russisch-türkischen Friedensvertrags erfüllt wäre. Dieser soll nun endgiltig vereinbart, vom türkischen Ministerrath genehmigt und dem Sultan zur Ratifikation nach erfolgter Unterzeichnung empfohlen sein. Konzentrationen der Russen bei Briaropol stehen mit den Vorbereitungen zur Räumung des türkischen Gebiets in Verbindung. In der Angelegenheit der griechischen Grenzregulirung geht es nicht recht vorwärts.

Die Kommissäre sind selbst über die Grundlage der noch keineswegs ernstlich begonnenen Verhandlungen nicht einig. Die serbische Notabelversammlung soll am 22. d. zusammengetreten. Zwischen Rußland und Rumänien sind Differenzen über die Grenze bei Silistria entstanden und hat letzteres die Vermittlung der Mächte angerufen.

Gegen den von Dänen drohenden Feind der „indischen Pest“ werden in allen Staaten die Vorkehrungs- und Abwehrmaßregeln mit anerkannter Energie getroffen oder fortgesetzt. Von Deutschland haben sich dieser Tage Aerzte mit österreichischen Kollegen zum Studium der Krankheit an Ort und Stelle nach Rußland begeben.

## Deutschland.

† Berlin, 7. Febr. Die morgen nach den von der Pest ergriffenen russischen Gebietstheilen abreisenden Aerzte Hirsch, Sommerbrod und Kühner begeben sich von Warschau über Moskau direct nach Jarizyn; erst auf russischem Boden erhalten dieselben einen deutschen Konsularbeamten zugetheilt. Der Rückkehr der Aerzte wird erst gegen Mitte bis Ende nächsten Monats entgegengeesehen.

† Berlin, 7. Febr. Die von der nationalliberalen Partei zum Generalbericht der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses vorgeschlagene Resolution bezüglich des Eisenbahn-Wesens ist von Lasker, v. Benza, v. Sybel, Hammacher und Kautenhein unterzeichnet und lautet: Das Haus erklärt, daß, unbeschadet der Frage, ob und in welcher Weise das Staatsbahn-System über seinen bisherigen Umfang auszudehnen sei, 1) die derzeitige Lage der Staatsfinanzen nicht gestattet, auf dem Gebiete des Eisenbahn-Wesens mit Unternehmungen vorzugehen, bei welchen die Rentabilität nicht genügend gesichert ist; 2) es dringend erforderlich ist, die Ziele und Grundzüge der Eisenbahn-Politik der Regierung klar darzulegen und eine Verständigung darüber zwischen Landtag und Regierung herbeizuführen.

† Berlin, 7. Febr. Herrenhaus. Der Gesetzentwurf betr. den höheren Verwaltungsdienst wird genehmigt unter Streichung des vom Abgeordnetenhaus beschlossenen § 10, betr. die Qualifikation zum Landraths-Amte, und mit einem von der Kommission des Herrenhauses beantragten neuen Paragraphen; letzterem zufolge soll über die Befetzung der Landraths-Stellen und die dazu erforderliche Befähigung ein besonderes Gesetz ergehen, bis zu dessen Erlaß die bestehenden Bestimmungen in Kraft bleiben; wenn dieses Gesetz bis zum 1. Januar 1884 nicht erlassen ist, können von diesem

Zeitpunkte an nur solche Personen zu den § 1 bezeichneten Stellen berufen werden, welche die Befähigung zum höheren Verwaltungs- und Justizdienst erlangt haben. Minister Graf Calenberg befürwortet während der Debatte die Kommissionsanträge. — Darauf werden das Ausführungsgesetz zur Civilprozeß-Ordnung und der Vertrag wegen der Gerichtsgemeinschaft mit Lippe genehmigt.

† Berlin, 7. Febr. Abgeordnetenhause. Der Gesetzentwurf betr. die Deckung der Mehrkosten für den Bau der Eisenbahn Sierck-Overlahausen und der Entwurf der Schiedsmanns-Ordnung werden in dritter Lesung ohne Debatte genehmigt. Der Bericht der Budgetkommission bezüglich des Nachweises über die Verwendung des im Etat 1877/78 vorgesehenen Dispositionsfonds von 900,000 M. wird für erledigt erklärt. Bei Fortsetzung der Beratung des Etats für 1878/79 wird der Rest der Ausgaben der Justizverwaltung ohne erhebliche Debatte bewilligt. Zu dem Nachtrags-etat dieser Verwaltung liegen die Anträge der Budgetkommission vor, wonach die Gehaltsätze aller Richter kategorien erhöht und die Befolungen der Staatsanwälte zum Theil ermäßigt sind. v. Zeblich befürwortet die Kommissionsanträge. Regierungskommissär Scholz erklärt: Die Regierung erachte ihre Ansätze auch jetzt noch unter den gegenwärtigen Umständen für gerechtfertigt, werde aber im Falle der Annahme der Kommissionsanträge dieselben acceptiren, wenn auch nur mit den als wichtig und notwendig erachteten Konsequenzen der Herbeiführung entsprechender Befolungserhöhungen für die entsprechenden Stellen des Staatsdienstes. Darauf werden sämtliche Anträge der Kommission nach unerheblicher Debatte genehmigt.

Die Anträge der Budgetkommission bezüglich der Grundzüge, wonach das Dienstalter der Richter für deren Reihenfolge im Befolungsetat festzusetzen sei, werden genehmigt. Der Antrag der Budgetkommission, für die Herstellung der in Folge der Justizorganisation notwendigen Bauten anstatt der geforderten 10 Millionen nur 6 Millionen zu bewilligen, wird nach längerer Debatte angenommen. Bei der hierauf folgenden Beratung des Etats der direkten Steuern erwidert der Regierungskommissär auf eine Anfrage Richter's: Das durch die neue Veranlagung der Gebäudesteuer der Staatskasse zufließende Mehr werde höchstens 6½ bis 6¾ Millionen ergeben. Der Etat der direkten Steuern wird nach längerer Debatte genehmigt bis auf einen an die Kommission zurückverwiesenen Titel, welcher die Bewilligung von Mitteln für den Neubau eines Dienstgebäudes in Berlin betrifft. — Der Etat der indirekten Steuern wird ebenfalls angenommen. — Fortsetzung der Beratung morgen.

† Berlin, 7. Febr. Heute Abend findet beim Fürsten Bismarck eine vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums statt.

Einige Blätter haben neuerdings die Lesart in Umlauf gebracht, der Ursprung der nord-schleswigschen Klausel im Artikel V. des Prager Friedens sei auf den Fürsten Bismarck selbst zurückzuführen, der damit dem Kaiser Napoleon eine Art Courtoisie habe erweisen wollen. Es ist auffallend, daß selbst Blätter wie die „Köln. Ztg.“ und die „Nat.-Ztg.“ dieser Annahme, deren innere Unmöglichkeit klar genug vor Augen liegen sollte, Raum gegönnt haben. Wer aber die hinlänglich zugänglichen Reden und Erklärungen des Fürsten Bismarck nachliest, findet noch eine ausdrückliche Widerlegung in der Darstellung, welche Fürst Bismarck im Dezember 1866 über die Entstehung jener Klausel im Abgeordnetenhause gab. Indem der Fürst allerdings auf das napoleonische Prinzip der Berücksichtigung der Nationalitäten hinwies, führte er aus, wie Napoleon im Juli 1866 in der Lage gewesen sei, seine Wünsche mit einem ungewöhnlich starken Gewicht zu accentuiren, und daß für Preußen einen Augenblick die Wahl vorgelegen habe, zwei große Kriege gleichzeitig zu führen oder „ob wir in der europäischen Lage, in der wir uns vor Wien befanden, die Gesamtheit dessen, was uns von Oesterreich unter Napoleon's Vermittelung geboten wurde, annehmen oder ablehnen wollten“. Er, der Fürst, habe die Ueberzeugung gehabt, daß wir den Bogen nicht zu straff spannen und nicht durch Verwerfung von Einzelheiten die Gesamtheit des Errungenen wieder in Frage stellen dürften. Solchen Verhältnissen und Erwägungen verdanke die Klausel über Nord-schleswig ihren Ursprung. Gegenüber dieser vor ganz Europa zu einer Zeit, in der das Kaiserthum Napoleon noch in voller Macht stand, gegebenen Erklärung ist es doppelt unmöglich, die Klausel der Initiative des Fürsten Bismarck zuzuschreiben.

Als ich neulich auf den Zeitpunkt hinwies, in welchem der neue Vertrag mit Oesterreich abgeschlossen worden ist, hob ich doch hervor, daß die neueste Demonstration in Kopenhagen, wenn auch nicht den Anlaß zu dem Vertrage selbst, doch zu dessen Veröffentlichung gerade im jetzigen Zeitpunkt gegeben haben könnte. Durch meine Notiz konnte jedoch nicht ausgeschlossen sein, daß auch bereits bei den Verhandlungen mit Oesterreich das Verhalten des Herzogs von Cumberland in seinem Schreiben an den „König von Preußen“, welches in demonstrativer Weise die Existenz des Deutschen Reiches ignorierte, sowie die ganze Reihe von Manifestatio-

nen, welche die Welfen in Hannover und Braunschweig an seine Verlobung mit einer dänischen Prinzessin knüpfen, mit ins Gewicht gefallen sind. Die neueren Vorgänge in Kopenhagen haben, wie erwähnt, die Publikation des Vertrags beschleunigen müssen.

Gestern hat das Staatsministerium den Nachtrag zum Justizetat beraten; dem Vernehmen nach hat dasselbe den Vorschlag auf Erhöhung verschiedener Richtergehälter zugestimmt.

Die Angaben englischer Blätter über Englands Absicht, Helgoland an Deutschland zu verkaufen, werden als die Wiederholung einer früheren Erfindung angesehen.

Das Reichsbank-Direktorium erläßt folgende Bekanntmachung: „Vom 1. Juni d. J. ab werden Gelder der Kirchen, Schulen, Hospitäler und anderer milden Stiftungen und öffentlichen Anstalten zur zinsbaren Belegung bei der Reichsbank nicht mehr angenommen und die bis dahin belegten Gelder dieser Art nicht verzinst. Die Abhebung des Kapitals und der rückständigen Zinsen kann jederzeit bei der Reichsbank-Anstalt des Belegungsorts gegen Rückgabe der gehörig quittirten Schulbureau, Quittungsbuch, Bankobligation oder Empfangsbekundigung stattfinden. Auf Werthpapiere bezieht sich die vorstehende Bestimmung nicht. Dieselben können auch von Vormündern, Pflegern u. nach wie vor der Reichsbank in Verwahrung und Verwaltung gegeben werden. Die diesfälligen Anträge sind an unser Comptoir für Werthpapiere hiersebst zu richten.“

Die Archäologische Gesellschaft, welche sich am 4. Februar versammelte, war sehr erfreut, über den Gesundheitszustand der deutschen Kolonie in Olympia beruhigende Mittheilungen zu erhalten. Ein junger deutscher Arzt, Dr. Wpder, ist jetzt der Expedition beigegeben. Es kommen mehr und mehr interessante Erzählungen zu Tage, Reliefs und Waffenstücke (namentlich eine wohlhaltene Beinschiene mit Relief und Inschrift), einzelne Bruchstücke des Westgiebels, die Basis des Epitaphs aus Erythrai u. s. w. Die Topographie von Olympia erhält durch die Entdeckungen im Stadium eine wesentliche Erweiterung. Hauptmann Steffen vom Generalstab hatte seine Aufnahme des Hymettus vorgelegt und gab über die Beschaffenheit dieses jetzt zum ersten Mal genau durchforschten Gebirges einen sehr lehrreichen und anziehenden Bericht. Die Karte bildet das dritte Blatt der von dem deutschen Archäologischen Institut herausgegebenen Serie attischer Karten.

† Braunschweig, 7. Febr. Die Verhandlungen der Landtags-Kommission über das Regentenschaftsgesetz sind noch nicht beendet, auch liegt der Schlussbericht noch nicht vor. Nach dessen Eingang wird eine nochmalige Kommissions-Sitzung zur endgültigen Feststellung stattfinden. Uebrigens sind in der Kommission wesentliche Meinungsverschiedenheiten gegenüber den Anschauungen der Regierung nicht hervorgetreten. Die Regierungsvorlage wird demnach mit unwesentlichen Veränderungen zur Annahme empfohlen werden.

H München, 7. Febr. Gemäß § 11 des Reichsgesetzes vom 21. Okt. 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie wurde durch Entschließung der I. Regierung von Mittelfranken, K. d. J. vom 3. d. M., die auf Veranlassung des kgl. Stadtkommissärs von Nürnberg mit Beschlag belegt Nr. 4 (vom 26. Januar) der periodischen Druckschrift: „Reichswanerei“ und „Freigeist“ landespolizeilich verboten und dieses Verbot auch auf das fernere Erscheinen dieser Druckschrift ausgedehnt. — Die „Arbeiter-Sängerhalle“ in Speier ist auf Grund des Socialistengesetzes polizeilich aufgelöst worden. Die „Arbeiter-Sängerhalle“ stand in Zusammenhang mit dem aufgelösten deutschen Arbeiter-Sängerbund, der von Gottha aus geleitet wurde. — Das bayrische Gewerbemuseum in Nürnberg entwickelt in erfreulicher Weise seine Thätigkeit. Demnach kommt auch eine Erzgießerei und Formerei (für Feinguß) zur Eröffnung, für deren Leitung Hr. Lehe von Paris engagirt wurde, welcher in dem ersten derartigen Geschäft dortselbst beschäftigt war. Mit dieser Gießerei werden auch Fachkurse verbunden werden.

#### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 7. Febr. Die „Neue Freie Presse“ bespricht das österreichisch-deutsche Uebereinkommen bezüglich Norddithlews und bringt dasselbe in Zusammenhang mit einem zwischen Waddington und Bismarck angeblich während der Kongresszeit vereinbarten Plane, wonach sich beide Staatsmänner über eine Vergrößerung Frankreichs und Deutschlands durch Belgien, respektive Holland, verständigt hätten. Selbstverständlich sind die hiesigen diplomatischen Kreise weit entfernt, diesem völlig aus der Luft gegriffenen Sensationshumbung eine ernste Bedeutung beizulegen.

#### Frankreich.

Paris, 7. Febr. In der Amnestie-Frage hat sich das Ministerium dem „Temps“ zufolge für nachstehende Lösung entschieden, welche, wie vernünftig sie auch sein mag, und trotz aller Empfehlungen des ministeriellen Rathes die öffentliche Meinung nicht befriedigen wird: Nach dem von Hrn. Lepère im Namen des Ministeriums Dufaure eingebrachten Gesetzentwurfes betreffend die contumaces sollte der Regierung das doppelte Recht eingeräumt werden, einmal solche Contumacialverurtheilte zu begnadigen, auch ohne daß sie sich ihren Richtern gestellt haben, und zweitens, den begnadigten Individuen auch die sonstigen rechtlichen Folgen ihrer Verurtheilung (Stellung unter Polizeiaufsicht und Verlust der bürgerlichen Rechte) zu erlassen. So könnte jede einzelne Begnadigung, wenn die Regierung es am Platze findet, in eine individuelle Amnestie verwandelt werden; auch hatte das Ministerium notorisch die Absicht, die Rechtswohlthat dieses Artikels summarisch allen bisher Begnadigten zu Theil werden zu lassen. Das neue Cabinet vom 4. Februar will nun noch einen Schritt weiter gehen und vorschlagen, daß diese Amnestie der schon begnadigten oder noch zu begnadigenden Individuen nicht in das Belieben der Regierung ge-

stellt, sondern ein für alle Mal durch ein Gesetz dekretirt werde. Der „Temps“ findet diesen Vorschlag sinnreich und wir selbst finden ihn gerecht; aber wie wir das Publikum kennen, wird er auf dasselbe nach Allem, was man sich versprochen hatte, den Eindruck einer Mystifikation machen. Die Begnadigung, also der Akt, auf den es zuerst ankommt, bleibt in den Händen der Regierung; die sogenannte Amnestie besteht nur darin, daß Derjenige, welchen die exekutive Gewalt begnadigt hat, dann auch von Rechts wegen in den Vollgenuß seiner bürgerlichen Rechte wieder eingesetzt wird. Wenden wir diese Bestimmungen praktisch an, so wird ein Rochefort, ein Ballés, ja sogar ein Ranc, um einige der hervorragendsten contumaces zu nennen, zuerst, wenn er darum einkommt, von Hrn. Grévy begnadigt und dann ipso jure in seine bürgerliche Stellung rehabilitirt; daß ein Rochefort oder Ballés von Hrn. Grévy begnadigt wird, ist noch nicht einmal ausgemacht; ganz gewiß ist aber, daß weder Rochefort noch Ballés, noch Ranc, die sich ja sämmtlich für Märtyrer der Säbeljustiz und der republikanischen Sache ausgeben, sich nie um ihre Begnadigung bewerben werden, und dasselbe gilt ohne Zweifel von allen Commune-Verurtheilten, die noch eine politische Rolle spielen wollen. Diese sind es aber gerade, welche in der populären Presse den Ton angeben und die ganze Amnestie-agitation unterhalten. Die Vorlage des Ministeriums ist demnach, wie wir leider fürchten müssen, ein Schlag in's Wasser. Sie setzt ein Gesetz um Begnadigung, also eine Abbitte voraus, und diese Voraussetzung ist eben so gerecht, als man mit Sicherheit behaupten kann, daß sie gerade von den wenigen achtungswerthen Elementen der Flüchtlingswelt nicht erfüllt werden wird. Der Ausdruck „Amnestie“ für die bloße restitutio in integrum von Personen, welche erst das Staatsoberhaupt begnadigt haben muß, ist übrigens eine Spiegelschere, offen gesagt, ein Jesuitismus, auf welchen das Ministerium besser verzichtet hätte. Amnestie ist ja eben nichts Anderes als Begnadigung von Staats wegen, d. i. im Wege des Gesetzes.

Einer der verdienstlichsten Kliniker der medizinischen Fakultät von Paris, Professor Chauvaffard, ist gestern Abend plötzlich am Schlage gestorben. Vielleicht erinnert man sich noch, daß Chauvaffard kurz nach der Bewältigung des Commune-Aufstandes sich den Jörn der Studenten zuzog, weil ein in dem von ihm geleitetem Hospital Beaujon gepflegter Insurgent, wahrscheinlich sogar ohne sein Zuthun, der Militärbehörde in die Hände fiel. Chauvaffard mag übrigens in der That von reaktionären und clerikalen Gesinnungen nicht frei gewesen sein, aber er war ein ausgezeichneter Pathologe und Lehrer, dessen Eintritt von der Fakultät schwer empfunden werden wird.

#### Großbritannien.

London, 6. Febr. Die von Petersburg gemeldete Ersetzung des Lord A. Loftus durch den Earl of Dufferin war unerwartet; letzterer gehört zur liberalen Partei. Der „Daily Telegraph“ belobt Beaconsfield, der Parteirückichten den Staatsinteressen unterzuordnen versichere.

In vierzehn Tagen wird das erste der vier in Sir William Armstrong's Fabrik gefertigten Einhundert-Tons-Geschütze in Woolwich erwartet. Der Kontraktpreis ist auf 165 Pf. St. per Tons angesetzt, es kommen demnach die vier Geschütze auf 66,000 Pf. St. zu stehen. Die Lieferungsfrist konnte nicht eingehalten werden, zwei sollten am 31. Mai 1878, die zwei andern am 31. Oktober 1878 abgeliefert werden.

#### Rumänien.

† Bukarest, 7. Febr. Das amtliche Blatt „Monitorul“ veröffentlicht das Dekret betr. die Präventivmaßregeln gegen die Pest. Dasselbe enthält ein Einfuhrverbot von Provenienzen aus Rußland und Bulgarien konform den Wiener Beschlüssen. Korrespondenzen und Geld sollen systematisch desinfizirt werden. Der Eintritt zu Lande oder Wasser ist Jedem untersagt, der seit weniger als 20 Tagen einen infizirten oder verdächtigen Ort verlassen hat. Für Waggons erster und zweiter Klasse auf den Eisenbahn-Linien Ungarns, Jassy und Bender-Galatz ist der Eintritt verboten; Waggons dritter Klasse und Güterwaggons müssen zusehender desinfizirt werden. Schiffe aus russischen und bulgarischen Häfen unterliegen der Sanitätsrevision und Quarantäne-maßregeln sammt den darauf befindlichen Personen und Waaren. Pässe der aus Rußland und Bulgarien kommenden Reisenden müssen das Bismum eines rumänischen Konsuls haben behufs Bestätigung, daß die bezüglichen Personen aus pestfreien Ortschaften kommen. Der letzte Artikel des Dekrets tritt acht Tage nach dessen Notifizierung in Petersburg in Kraft, die anderen Artikel schon von heute an.

† Bukarest, 7. Febr. Der Minister des Auswärtigen Campineano ging bei den Beratungen des Senats in ausführlichster Weise auf die Frage der Judenemanzipation ein, wobei er hauptsächlich geltend machte, daß die politische Lage des Landes die politische Gleichstellung der Juden zu einer unabwendbaren Nothwendigkeit mache.

#### Afrika.

Die Engländer haben — wie ein vom 21. v. M. datirtes Telegramm aus der Capstadt meldet — am 12. v. M. ihren ersten Sieg im gegenwärtigen Kafferkrieg erlitten. Die Kolonne des Obersten Glyn, die am oberen Zugelastuß den linken Flügel der Natal-Armee bildet, nahm den befestigten Kraal des Kaffernhäuptlings Serapo. Die Zulus verloren 16 Tode und 60 Verwundete. Der englische Verlust betrug 2 Tode und 12 Verwundete. Es heißt, die Streikräfte der Zulus zögen sich bei Dulendi zusammen. Dem sich ans Meer anlehnenden rechten Flügel der Engländer unter Oberst Pearson wird wahrscheinlich die schwerste Aufgabe zufallen. Sir Bartle Frere hat von Maritzburg aus eine Proklamation erlassen, in der er den Zulus mittheilt, daß England nicht gegen sie, sondern allein gegen ihren König Cetewayo Krieg führe.

#### Badischer Landtag.

Karlsruhe, 8. Febr. Die Erste Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung den Gesetzentwurf die Aufbringung des Gemeindeaufwandes betr. nach längerer Berathung angenommen.

#### Badische Chronik.

Karlsruhe, 7. Febr. Das „Verordnungsblatt“ Nr. 4 der Generaldirektion der Groß-Bad. Staats-Eisenbahnen vom 31. Januar enthält:

Sonstige Bekanntmachungen: Freie Eisenbahn-Fahrt der Reichstags-Abgeordneten. Belgisch-Holländisch-Schweizerischer und Badisch-Württembergischer Verkehr. Bezug von Blaublättern. Süddeutscher Eisenbahn-Verband. Württembergischer Main-Neckar-Bahn-Verkehr. Holzverkehr von Württemberg nach Mannheim. Ruhrkohlen-Verkehr nach Baden und Württemberg. Getreideverkehr von Ungarischen Donaustationen. West- und Nordwestdeutscher Eisenbahn-Verband. Ein- und Durchfahrts-Berichte. Köln-Minden-Bergisch-Märkisch-Badischer Güterverkehr. Gütertarif der Badischen Bahnen. Württembergischer Eisenbahn-Verband. Metallurgischer Tarif mit der Rhein-Minden und Bergisch-Märkischen Bahn. Ruhrkohlen-Verkehr nach Baden und Württemberg. Jagdschlößchen in Belgien und Elsaß-Lothringen. Nachträge I und II zu Teil I der Verbandsstatute. Köln-Minden-Bergisch-Märkisch-Badischer Verkehr. Badisch-Württembergischer Güterverkehr. Lagerhaus-Verkehr in München. Verzeichnis gleichlautender Stationsnamen. Mittheilungen über auswärtige Verwaltungen. — Es wurde ausfinden: Am 13. Januar l. J. auf dem Perron der Station Bülz der Betrag von 2 Mark.

Sch. Karlsruhe, 5. Febr. (Aus der Sitzung des Stadtraths unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Lauter.) Der Vertreter des Stadtraths, welcher einer Sitzung des Badischen Frauenvereins angewohnt hat, berichtet über den Ausschuss, welchen die unter dem Protektorate Ihrer Königl. Hoheit der Frau Großherzogin in Regende Luise'schule genommen hat. — Es wird die Vervollständigung der Feuer-Lochkorrichtungen im städt. Krankenhaus beschlossen. — Dem Kaufmännischen Verein wird die große Rathhaus-Saal zur Abhaltung von Vorlesungen überlassen. — Eine große Anzahl von Bewohnern des östlichen Stadttheils hat ein Gesuch um Durchführung einer Straße von der Waldhorstraße über den alten Friedhof nach dem Güter-Bahnhof eingereicht. Es wird den Anträgen erwidert, daß ihr Gesuch für begründet erachtet werde und daß die zur Durchführung befugter Straße erforderlichen Vorarbeiten angeordnet werden seien. — Auf eine Eingabe um Fortsetzung der Wasserleitung in der verlängerten Sophienstraße wird erwidert, daß so lange das zur Straße erforderliche Gelände nicht abgetreten werde, auch die Weiterführung der Wasserleitung nicht erfolgen könne. — Das Kommando der Freiwilligen Feuerwehreintheil ein Bezeichnung derjenigen Wehrmänner mit, welche am 1. März d. J. die 20jährige Dienstzeit zurückgelegt haben und die Erlaubnis der Gemeindegewalt würdig sind. Es wird beschlossen, die nötigen Medaillen und Diplome anfertigen zu lassen und die feierliche Verleihung derselben am 3. März d. J. vorzunehmen. Zur Prämierung derjenigen von Seiten der Freiwilligen Feuerwehr 2, von der Feuerwehrgesellschaft 3 und von der Feuerwehrgesellschaft der Silberfabrik 2 Mitglieder. — Im Monat Januar wurden im städtischen Bierordnungs-Bad an Bädern verabreicht: Douche 62, Wannenbäder 620, russische Dampfbäder 151, heiße Luftbäder 35, im Ganzen 868 Bäder mit einer Einnahme von 909 M. 65 Pf. — In letzter Armenraths-Sitzung wurden bewilligt: a. wöchentl. Unterstüßung auf 4 Monate für 122 Personen im Betrag von 239 M. 76 Pf.; b. vorübergehende Unterstüßungen an 42 Personen 449 M.; c. für Anschaffung von Kleider u. s. für 50 Personen 261 M. 17 Pf. Lehrgeld für 1 Armenkind 50 M. 98 Pf., Beerdigungskosten armer Verstorbenen 45 M. 40 Pf., Armensuppen für 15 Personen auf 3 und 4 Wochen, Brod je 1 1/2 Pf., 2 und 3 Pf. täglich für 10 Personen auf 14 Tage und wöchentl. 3 Wochen. — Nach einer Zusammenstellung des Schlachthaus-Verbrauchs kommen von dem Gesamtverbrauch an Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung 69 Kilogr.

Karlsruhe, 7. Febr. Zur Aufklärung geht uns folgendes an: In verschiedenen Blättern, in welchen die (von der Berliner „Protestantischen Kirchenzeitung“ in extenso mitgetheilte) Adresse der evangel. Synodalausschüsse mehrerer badischer Diözesen, die Sonntagstagesfeier betreffend, besprochen wird, geschieht das in einer Weise, welche das Mißverständnis nahe legt, als sei dieselbe durch die süddeutsche Konferenz für innere Mission veranlaßt worden. Dem ist in der That nicht so, sondern die badischen Diözesansynoden haben sich schon seit einer Reihe von Jahren jedesmal wieder eingehend mit dieser Frage beschäftigt, und auch der Karlsruher Kirchengemeinde-Rath sah sich schon wiederholt veranlaßt, in dieser Sache Eingaben an die höheren Behörden zu richten. So ging denn auch von dem Diözesan-Ausschuß der Stadtdiöcese Karlsruhe die Anregung zu der Adresse aus, welche sich mit der von der süddeutschen Konferenz herausgegebenen Denkschrift in demselben Sinne von demselben Titel im Benehmen mit dem Reichstags-Abgeordneten Rath abgefaßten Entwurfs von der Versammlung der Vertreter der unterzeichneten Diözesen festgesetzt wurde. So liegt hier nicht eine Äußerung irgend welcher kirchlichen Parteivereinigung, sondern der Ausdruck einer allen kirchlichen Richtungen angehörigen Vereinsthätigkeit eines großen Theils der badischen Landeskirche vor, unter denen sich die Namen der bekanntesten Führer beider Parteirichtungen innerhalb der evangel. Landeskirche finden.

Schriesheim, 5. Febr. (Mh. u. N.-Btg.) Seit mehreren Jahren bemühte sich der hiesige Frauenverein in Verbindung mit der Gemeindebehörde, eine Kleinkinderschule hier zu errichten, aber es schloß an einem passenden Lokale. Nachdem nun im verfloffenen Spätsommer die der Gemeinde gehörige sogenannte Kellerei zu einem Prachtbau umgeschaffen wurde, in welchem nicht nur alle 5 Schulen in schönen, großen Sälen Platz haben, sondern auch hinlänglich Raum für schöne, große und sehr gesunde Wohnungen für alle Lehrer vorhanden ist, wurden 2 Schulen frei. Von diesen Gebäuden richtete die Gemeinde das eine baulich ein, stellte die Lehrerin an und sorgte für die Fenerung, während der Frauenverein die ganze innere Einrichtung sowohl der Schule als der Wohnung der Lehrerin besorgte, und zwar größtentheils durch freiwillige Geschenke der Mitglieder. Am Montag Mittag war die Eröffnung, wobei Hr. Bürger-

meist Gaben der jährlichen Versammlung die Entschädigung der Schule und die Mitwirkung des Frauenvereins erläuterte und die Vorherherin desselben, Frau Dr. Goerig, die Bedeutung der Schule den Müttern an's Herz legte. Hierauf dankte der Bürgermeister den Dank des ganzen Frauenvereins, der Vorherherin für ihre treue Anhängen ab. Nachdem noch die Kinder beschenkt, endete die kleine Feierlichkeit. Ein Beweis aber für die Wichtigkeit der Schule ist, daß über 140 Kinder zum Besuche derselben angemeldet wurden. Der Karlsruher Centralvorstand der bad. Frauenvereine hatte die Güte, für eine tüchtige, bewährte Lehrerin zu sorgen.

Baden, 5. Febr. Die Residenz hatte uns in vergangener Woche zwei ihrer vorzüglichsten Künstler gesendet, durch deren Zubereitete Mitwirkung wir das schönste Konzert unserer bisherigen Winterzeit erhielten. Hr. Hof-Kapellmeister Dessoff hatte sich freundlichst bereit erklärt, die neue Symphonie von Brahms (in D-dur) in einem unserer Symphoniekonzerte zu dirigiren und unter seiner weisesten Leitung erkang dieses ausgezeichnete Werk in allen Theilen einen vollständigen Erfolg. Diese in ihrer Erfindung so anmutige und jugendliche, in ihrer Arbeit so geistvolle Symphonie hatte für Baden gewissermaßen noch ein lokales Interesse, da sie im Sommer 1877, während des Aufenthaltes des Komponisten in Lichtenthal geschaffen wurde, und erstlich die Stimmung und Eindrücke widerspiegelt, welche in der Seele des Komponisten durch die herrliche Natur erregt wurden, die ihn hier umgab. Die Ausführung war eine vollendete; unser Kurorchester hat an diesem Abend seine Leistungsfähigkeit glänzend dokumentirt. — Die übrigen Orchesternummern dieses Abends, gleichfalls unter Dessoff's Direktion musterhaft ausgeführt, waren: Goldmark's Ouvertüre zu „Salomata“, Mozart's Donnull-Varianzen für Streichorchester und Hörner (aus dem Divertimento op. 61) — beide Werke hier gleichfalls zum ersten Male aufgeführt — sowie die geniale Ouvertüre der Der Nämische Karneval von Hector Berlioz, welche der berühmte französische Tonbildner einst hier selbst eingeführt hatte. — Den voluten Theil des Konzerts hatte Herr Josef Staudigl freundlichst übernommen und führte ihn meisterlich durch. Er sang eine sehr schwierige Koloratur-Arie aus Händel's „Judas Maccabäus“ mit Virtuosität, seine zwei Lieder von Schubert (Wanderer, Aufenthalt) und eines von dem kürzlich verstorbenen Adolf Jensen (Sünder) in vollendeter Weise. Der Beifall war ein diesen Leistungen entsprechender, außerordentlich warmer. Der große Saal des Konversationshauses war überfüllt.

Unsere Hoffnung, „Lohengrin“ hier zu hören, ist nun schon das zweite Mal in diesem Jahre vereitelt worden. Während nach der ersten Ankündigung Hr. Bill abfuhr, mußte in dieser Woche die Aufführung wegen Krankheit des Hrn. Stritt abermals unterbleiben. Wir erhielten statt dessen „Czar und Zimmermann“, an sich freilich nur ein mäßiger musikalischer Erfolg, aber immerhin eine gute Opernvorstellung, da alle Mitglieder mit Erfolg bemüht waren, die Abgangs einigermassen gedrückte Stimmung des Publikums durch gute Leistungen und besten Humor zu heben.

Donauersingen, 7. Febr. (Konst. Z.) Nach einer Bekanntmachung des Armenraths im hiesigen Wochenblatt werden freiwillige Geldgeschenke gesammelt, um in den Monaten Februar, März und April durchreisende mittellose Ortsfremde, die sich melden und zur Leistung von Handarbeiten, z. B. Holzsägen, Holzspalten u. s. w. bereit erklären, mit je 25 Pf. zu unterstützen. Dabur wird jedem Arbeitsnehmer Anlaß gegeben, solche Personen, die sich an ihn um Unterstützung wenden, an die Armenbehörde zu verweisen. Das Recht, Wetteln nicht zu geben, hat zwar Jeder von jeher; die Ortsbewohner werden aber dankbar sein, wenn die neue Vorschrift strengere vollzogen wird, namentlich gegen die sog. Stromer und gewerbmäßigen Wettler. Gleichzeitig wird auch gegen die Ortsangehörigen, welche dem Hausbettel obliegen, nachdrücklich eingeschritten werden.

Vom Bodensee, 7. Febr. Jüngst hat die Werkzeug-Fabrikation von J. Häblistel in Stodach aus Nordamerika bedeutende Sendungen von amerikanischen Damp- und Hengabellen erhalten und insbesondere eine große Zahl von Zirkularsägen, von Zimmermanns- und Walzlägen aus Philadelphia bezogen, welche bereits bei unsern Zimmerleuten und Holzhuern Anklang fanden, — eine schwere Konkurrenz für unsere einheimischen Fabrikanten. — Auf dem letzten Viehmärkte in Stodach belief sich die Zufuhr auf 198 Stück Rindvieh, 50 Stück Kühe und 290 Stück Saugkälber. — Auf dem dortigen Getreidemarkte wurden im Ganzen 550 Zentner verkauft. Der höchste Preis in Korn erreichte 20 M. 50 Pf. Durchschnittlich war ein Aufschlag von 50 Pf. per 100 Kilo zu konstatiren. — Gestatten Sie mir noch, die Aufmerksamkeit Ihrer Leser auf eine Broschüre zu lenken, welche höchst beachtenswerthe pädagogische Bente enthält und den Schulbehörden, Lehrern und Freunden der Schule nicht genug empfohlen werden kann. Wir meinen die im Verlag der Verlags-Buchhandlung in Nördlingen kürzlich erschienene Schrift „Grundzüge der Schul- und Gesundheitspflege“ von Dr. K. G. Groß, Kreis-Medizinrath in Ulm. Der Verfasser gibt darin ein anschauliches Bild einer Schule, schildert die Schulkrankheiten und entwirft praktische Vorschläge zur Ventilation, zur Belüftung und Heizung der Schullokale. Als wesentliche Eigenschaften eines Schulraumes bezeichnet derselbe: vollständig angemessene Feuerwärme, so daß kein Theil des Ovens in's Glühen kommen kann; zweifelhafte treppenförmigen Kof ohne unteren Kof, Regulirvorrichtung, gute Dichtung der Verbindungen, große Heizfläche, gute Ausdehnung des Brennraums, Einkrümmung der Verbrennungsluft aus dem Zimmer, gußeisernen Mantel mit Regulirvorrichtung, Anführung der Erwärmungsluft von außen und Abführung der verbrauchten Luft. Ein solcher Mantelofen ist breiter als ein gewöhnlicher eiserner Ofen, nimmt aber doch weniger Platz weg, weil unmittelbar neben den Ofen Schülertische gestellt werden können, kein Ofenschirm erforderlich, nirgends eine lästige Hitze und doch das ganze Zimmer gleichwarm ist.

Konstanz, 7. Febr. Die gestrige Sitzung des Gewerbevereins galt, wie ich der „Konst. Ztg.“ entnehme, zum größten Theile noch der Erörterung der Zollfrage. Hr. Gradmann gab einen eingehenden Bericht über die Thätigkeit der in voriger Sitzung erwählten Enquete-Kommission und über die Ergebnisse der Bemühungen dieser Kommission. Mehrere der von hiesigen Geschäftleuten eingegangene Zuschriften sprechen sich im Sinne eines gewissen Zollschutzes aus, besonders solche, denen, wie den Honnwaren-Fabrikanten, Schreineru und Schlossern, durch die gegenwärtigen Verhältnisse der Abzug nach der Schweiz sehr stark durch den schweizerischen Zoll vermindert wird, während ihrer schweizerischen Konkurrenz hier zu

Ende Thür und Thor offen steht. Andere stellen sich mehr auf die Seite der bisherigen Zollpolitik und erklären, eines Zollschutzes oder gesteigerten Zollschutzes nicht zu bedürfen (besonders Schuhmacher und andere Lederarbeiter), oder empfehlen weitere Zollreduzierungen. Auch an dem Hinweis auf die mit der Zollabsperzung verbundene Verkehrserschwerung und Abshemmung fehlt es nicht ganz. Der Bericht der Enquete-Kommission wird später ausführlich veröffentlicht werden. In der langen sich anschließenden Debatte nahm die Diskussion über die Zollfreie Einfuhr von Schweizer Brod viel Raum ein. Die Frage über den Vormerkungsverkehr wurde vielfach berührt und schließlich beschlossen, dieselbe in der nächsten Versammlung auf die Tagesordnung zu stellen. Zur Annahme gelangte ferner der Antrag, die Ergebnisse der veranstalteten Enquete in einem Bericht zusammenzufassen. Auch an den Gauerband und den Landesverband soll Mittheilung erfolgen. Hr. Rothweiler wünscht, daß in der Eingabe an die vorgelegte Behörde besonders um eine recht milde Handhabung der Fremdenkontrolle auch für die Zukunft gebeten werde. Eine die Fremden belästigende Kontrolle könne den Fremdenzufluß von Konstanz ablenken. Die zweite auf der Tagesordnung stehende Angelegenheit war die Wahl zweier weiterer Abgeordneten des Vereins für den Gauerband. Gewählt wurden die H. Rothweiler und Schneider, als eventuellet Stellvertreter Hr. Gottmann.

#### Literatur.

Karlsruhe, 8. Febr. Das eben erschienene Schluffheft des 4. Jahrganges der „Stadten der evang.-protest. Geistlichen des Großherzogthums Baden“ enthält eine interessante Kirchengeschichte der Stadt Eppingen von Stefan Wirth dafelbst; eine Sammlung von 77 sorgfältig ausgewählten und bearbeiteten „Gebetern zum Beginn und Schluß des Schul- und Religionsunterrichts“, als deren wesentlicher Redaktor Anhaltsgelehrter Spengler in Bruchsal genannt wird, und eine Lehrer-Dienstordnung aus dem 16. Jahrhundert, mitgetheilt von Stadtpf. Jähringer in Weinheim. — Demnächst wird das 1. und 2. Quartalheft für 1879 erscheinen, eine bedeutsame Arbeit von Stadtpfarrer Eisenlohr in Gernsbach über die Lehrbeschaffenheit der wichtigsten deutsch-protestantischen Kirchengemeinden enthalten. Die eben so mährvolle als interessante Arbeit darf als eine höchwichtige Vorläuferin und Wegbereiterin unserer Gausbildungs-Reform betrachtet werden.

#### Vermischte Nachrichten.

Die Zahl der Postanweisungen aus Deutschland nach England, den Vereinigten Staaten von Amerika, Australien und umgekehrt hat auch im Jahr 1878 eine weitere Zunahme erfahren. 1878 wurden beiderseitig 126,000 Stück zum Gesamtbetrage von 3 1/2 Mill. Mark, dagegen 1877 rund 111,000 Stück zum Gesamtbetrage von 8 1/2 Millionen. Am stärksten entwickelt ist der Postanweisungs-Verkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika; 1878 wurden aus Deutschland abgefandt 23,400 Stück mit 2 1/2 Mill. M., während in Deutschland eingingen 45,900 Stück mit 3 1/2 Millionen.

(Zur Statistik des deutschen Reichstags.) Der deutsche Reichstag zählt unter seinen 397 Mitgliedern einen Herzog, 7 Fürsten, 27 Grafen, 127 Freiherren und niedere Adelige. Unter den 236 preussischen Reichstags-Mitgliedern sind 122 Adelige. Von 59 Deutschkonserwativen sind 46 Adelige, von 56 Freikonserwativen 35, von 14 Polen 13, von 10 Welfen 8, vom Centrum die kleinere Hälfte, von den Nationalliberalen ein Sechstel, von der Fortschrittspartei ein einziges Mitglied. Dem Verufe nach sind 106 von 397 Mitgliedern (also über ein Viertel des Reichstags) Landwirthe, 34 von 397 (also ein Zwölftel) Kaufleute oder Industrielle.

Berlin, 6. Febr. Ein Pistolenduell mit tödtlichem Ausgange hat gestern früh im Grünwald zwischen zwei Einwohnern der Jurisprudenz, einem Angehörigen des Corps „Suevia“ und einem „Bandalen“, stattgefunden. Der Erstere wurde bei dem zweiten Schuß in die Schläfe getroffen und sofort getödtet. Die Ursache des Duells war die leibliche Laune des „Aurempeln“ auf offener Straße. Der Getödtete, Studienstube Beher aus Colberg, war der einzige Sohn einer mittellosen Witwe. — Einen unblutigen Ausgang nahm heute ein Pistolenduell zwischen zwei hiesigen Journalisten.

Mannheim, 6. Febr. (Ueber das Wort Gränze) geht aus von einem Freunde unseres Blattes folgende Mittheilung zu: Ueber die Herkunft des Wortes „Gränze“ ist in Dr. K. Weigand's deutschem Wörterbuch (herausgegeben in Gießen im März 1878) auf Seite 725 (Band 1) folgende Erklärung zu finden: Die Gränze Pl. — n: Endpunkt, — Linie. Daran grenzen. Jenes üblicher als Gränze und hergebräht. Bei Luther Gränze. Im 15. Jahrhundert ist grenicio Schröder Vocabular von 1420 Nr. 1125, grenitz grenicio schon geläufig, welches in dem 14. Jahrhundert in der Nähe polnischen Landes aufkommt (vgl. Fundgrube I, 374 b. Raczynski ood. diplom. Lithuaniae S. 54, 192, 229, 304) entlehnt von dem von poln. die gran = Ede, russ. die gran', böhm. die hrana, = Ede abgeleiteten poln. die granica, russ. und altslaw. die graniza, böhm. hrance = Grenzstein, Gränze. Das ältere deutsche Wort für Gränze war die Mark. Das Verbum grenzen ist 1429 mittel. grenzinz = ausmessen, die Gränze bezeichnen, (lat.) metari (Schröder Vocabular 23 b, 1659), d. i. grenziaz.

Braunfels, 5. Febr. Heute hielt der Verein zur Erforschung Africa's unter dem Vorh. des Königs eine Versammlung ab, bei der Stanley zugegen war. Man glaubt, daß Letzterer die in Aussicht genommene belgische Forschungsreise leiten wird.

In Schweden erscheinen zur Zeit 300 Zeitungen und Zeit-schriften, in Stodholm allein 84. Täglich erscheinende Zeitungen gibt es nur 10, wovon 5 in Stodholm, während in Norwegen 15, in Dänemark 76 und in Finnland 6 Tagesblätter erscheinen.

#### Nachricht.

Berlin, 8. Febr. Der Magistrat trat der von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossenen Resolution gegen die Vertheuerung der unentbehrlichen Lebensmittel bei und beschloß eine Petition an den Reichstag zu richten, durch welche denselben die Resolution mitgetheilt und begründet werden soll.

München, 8. Febr. Der Landtag nahm den Gesetzesentwurf über die Kreditvorlage (28 Millionen) an. Zu Antrag Kopp, Abminderung der Militärlast betreffend, bemerkte der Kriegsminister: Er lege dem Antrag bezüglich seines Erfolgs keine wesentliche Bedeutung bei; er könne

aber nicht genug davor warnen — wie es vor letztem Kriege erlebt worden sei — den Gegner zu unterschätzen. Das wäre der erste Schritt zur Niederlage; man solle glücklich sein, wenn 1881 nicht eine Erhöhung postulirt werde. Der Antrag Kopp wird hierauf angenommen.

London, 8. Febr. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Katalunja vom 29. Januar: Die britischen Truppen sind beordert, nach Kandahar zurückzukehren.

St. Petersburg, 8. Febr. (Offiziell.) Aus Astrachan wird von gestern gemeldet: Seit dem 6. ist kein Pestkranker mehr in den infizirten Distrikten. Das Gouvernement von Astrachan trifft jetzt alle Vorkehrungen, die vorgeschriebenen Präventivmaßregeln auszuführen. Das Wetter klar, die Kälte auf 8 Grad gestiegen.

St. Petersburg, 8. Febr. Das bereits angemeldete offizielle Telegramm aus Astrachan von gestern hebt noch besonders hervor, daß Aerzte und Polizeibeamte fortfahren, ihre Thätigkeit auf die Desinfektion aller verdächtigen Gegenstände und die Durchführung sanitätlicher polizeilicher Maßregeln zu konzentriren. Die Wohnungen, worin an der Epidemie verstorbene Erkrankte sich befanden, werden zum zweiten Male desinfizirt und alle verdächtigen Kleidungsstücke werden verbrannt. Gleichzeitig wird zur Einrichtung besonderer Friedhöfe für die Verstorbenen geschritten. Die bevölkerten Orte wurden mit Medikamenten und Desinfektionsmitteln versehen. Die ergriffenen Maßregeln sichern die Möglichkeit der Lokalisierung der Epidemie vollständig.

Sofia, 8. Febr. Hiesige unterrichtete Kreise glauben, auch Rußland seinerseits werde in der Grenzregulirungs-Frage zwischen der Dobrußka und Bulgarien den Schieds-spruch der Mächte als maßgebend anerkennen.

#### Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 8. Febr., die übrigen vom 7. Febr.)

Staatspapiere.			
Deutschl. 4% Reichs-Anleihe	95 7/8	Geserr. 4% Goldrente	64 1/2
Preußen 4 1/2% Oblig. Lhr.	104 3/8	Geserr. 5% Papierrente	58.31
Baden 5% „ „	101 1/8	Bins 4 1/2%	—
„ 4 1/2% „ „	102 1/2	Prem.-4% Obl. i. Pr. a. 28fr.	97 1/2
„ 4% „ „	95 1/2	Burg 4% „ i. Pr. a. 105fr.	—
„ 4% „ „	95 5/8	Rußland 5% Oblig. v. 1870	—
„ 3 1/2% „ „ v. 1842fl.	95 7/8	„ „ „ „	—
Bayern 4 1/2% Obligat.	fl. 95 3/8	„ „ „ „	—
„ 4% „ „	fl. 95 3/8	„ „ „ „	—
Württemberg 5% Obligat.	fl. 102	„ „ „ „	—
„ 4 1/2% „ „	fl. 101 1/2	„ „ „ „	—
„ 4% „ „	fl. —	„ „ „ „	—
Nassau 4% Obligationen	fl. 96 1/2	„ „ „ „	—
Gr. Hessen 4% Obligat.	fl. 98	„ „ „ „	—
Geserr. 5% Silberrente	54 1/2	„ „ „ „	—
Bins 4 1/2%	—	„ „ „ „	—

#### Aktien und Prioritäten.

Reichsbank	152 1/2	„ „ „ „	53 1/2
Badische Bank	102 1/2	„ „ „ „	—
Deutsche Vereinsbank	113 1/2	„ „ „ „	—
Parma-Räder Bank	678	„ „ „ „	—
Geserr. Nationalbank	194 1/2	„ „ „ „	—
Geserr. Kredit-Aktien	84 1/2	„ „ „ „	—
Rheinische Kreditbank	115 1/2	„ „ „ „	—
Deutsche Effektenbank	114 1/2	„ „ „ „	—
4 1/2% Präm. Präm. 500 fl.	114 1/2	„ „ „ „	—
4% Präm. Präm. 250 fl.	66 1/2	„ „ „ „	—
5% Präm. Präm. 200 fl.	211 1/2	„ „ „ „	—
5% Präm. Präm. 100 fl.	55 1/2	„ „ „ „	—
5% Präm. Präm. 50 fl.	95 1/2	„ „ „ „	—
5% Präm. Präm. 25 fl.	1.1	„ „ „ „	—
5% Präm. Präm. 10 fl.	141	„ „ „ „	—
5% Präm. Präm. 5 fl.	111 1/2	„ „ „ „	—
5% Präm. Präm. 2 1/2 fl.	137 1/2	„ „ „ „	—
5% Präm. Präm. 1 1/2 fl.	189 1/2	„ „ „ „	—
5% Präm. Präm. 3/4 fl.	54	„ „ „ „	—
5% Präm. Präm. 1/2 fl.	79 1/2	„ „ „ „	—
5% Präm. Präm. 1/4 fl.	80	„ „ „ „	—
5% Präm. Präm. 1/8 fl.	2.Em.	„ „ „ „	—
5% Präm. Präm. 1/16 fl.	68 3/8	„ „ „ „	—
5% Präm. Präm. 1/32 fl.	71 1/4	„ „ „ „	—

#### Anlehensloose und Prämienanleihe.

3 1/2% Präm. Präm. 1000fl.	146 1/2	„ „ „ „	—
5% Präm. Präm. 100fl.	116 1/2	„ „ „ „	—
Bayr. 4% Prämien-Anl.	124 1/2	„ „ „ „	—
Badische 4% „ „	123 1/2	„ „ „ „	—
„ 3 1/2% „ „	151	„ „ „ „	—
Braunschw. 20-Jähr. Loose	83.20	„ „ „ „	—
Großh. Hessische 25-Jähr. Loose	—	„ „ „ „	—
Ansbad-Gungelshaus. Loose	27.50	„ „ „ „	—

#### Wechselkurse, Gold und Silber.

London 1 Pf. St. 3%	20.42	Ducaten	9.51—56
Paris 100 Frs. 3%	81.05	20-Francs-St.	16.17—21
Wien 100 fl. öst. W. 4 1/2%	173.50	Engl. Sovereigns	20.32—27
Disconto	1.5	Russische Imperial	16.66—71
Holländ. 10-fl. St.	16.—	Dollars in Gold	4.17—20

#### Tendenz: fest.

Berliner Börse, 8. Febr. Kreditaktien 389.— Staatsbahn 422.— Lombarden 112.— Disc. Commanbit 126.60, Reichsbank 152.20. Tendenz: fest.

Wiener Börse, 8. Febr. Kreditaktien 214.50, Lombarden —, Anglobank —, Napoleons'or 9.32 1/2. Tendenz: reservirt.

New-York, 8. Febr. Gold (Schlußkurs) —.

Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite 11.

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Goll in Karlsruhe.

#### Großherzoglich Hoftheater.

Sonntag, 9. Febr. 1. Quartal. 22. Abonnementsvorstellung. Die Jüdin, große Oper mit Ballet in 5 Akten, von Halevy. Anfang 6 Uhr.

Dienstag, 11. Febr. 1. Quartal. 23. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male: Hof Berndt, Schauspiel in 5 Akten, von G. zu Pulitz. Anfang 1/2 7 Uhr.

